

**INTERNATIONALE POLITIK**

# **AFRIKANISCHE LÄNDER IN ZEITEN DER DEGLOBA LISIERUNG**

**EIN BLICK AUF DIE ELFENBEINKÜSTE  
UND DEN SENEGAL**

**ARMIN OSMANOVIC**



# **INHALT**

<b>Einleitung</b>	<b>2</b>
<b>1 Das wirtschaftliche Auf und Ab der afrikanischen Länder</b>	<b>6</b>
<b>2 Afrikas stabiler Westen: die Elfenbeinküste und der Senegal</b>	<b>10</b>
2.1 Gründe für die Stabilität	13
2.2 Nicht ohne Schwachstellen	15
2.3 Deglobalisierung und Krise im Senegal und in der Elfenbeinküste	16
<b>3 Re-Regionalisierung der Wirtschaft und faire Handelsabkommen?</b>	<b>18</b>
<b>4 Deglobalisierung und Wut</b>	<b>20</b>
<b>Literatur</b>	<b>22</b>

## EINLEITUNG

«America first», tönte Donald Trump bereits im US-Präsidentschaftswahlkampf, und nun, im Weißen Haus angekommen, macht der 45. Präsident der Vereinigten Staaten ernst mit der Renationalisierung des Landes. Die Handels- und Migrationspolitik in der wirtschaftsstärksten Nation der Welt stehen vor einem fundamentalen Wandel. Diese Veränderungen in den USA bleiben nicht ohne Auswirkungen auf die Weltwirtschaft. Kaum im Amt, kündigte Trump an, dass er das Transpazifische Handelsabkommen (TPP) nicht weiterverfolgen werde, das sein Vorgänger Barack Obama auf den Weg gebracht hatte und das eine Erleichterung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen zwölf Pazifikanrainern vorsah. Das seit Jahren verhandelte Transatlantische Handels- und Investitionsabkommen (TTIP) zwischen den USA und der Europäischen Union (EU), das in Europa aus Sorge vor wachsender Macht der Unternehmen Hunderttausende Menschen auf die Straße brachte, steht ebenfalls vor dem Aus. Und auch die Nordamerikanische Freihandelszone (NAFTA) will Trump auf den Prüfstand stellen. Zu viele US-Unternehmen seien in den letzten Jahren nach Mexiko abgewandert. Trump droht nun mit hohen Strafzöllen für Unternehmen. Treffen könnte dies vor allem die Autobauer, die in Mexiko in den vergangenen Jahren – angezogen durch die günstigeren Arbeitskosten – Fabriken errichteten. Und auch die EU als solche steht im Visier der neuen US-Administration. Kritisiert wird der niedrige Wert der europäischen Gemeinschaftswährung Euro. Dieser ermögliche, so Trumps Wirtschaftsberater Peter Navarro, Deutsch-

lands Unternehmen einen unlauteren Wettbewerbsvorteil. Navarro sprach von der «Ausbeutung» der USA durch Deutschland. Die EU selbst ist Trump zuwider, hat er doch den Brexit mehrfach begrüßt und vorausgesagt, dass noch andere Länder dem britischen Beispiel folgen werden. Was die Migrationspolitik des Einwanderungslandes USA angeht, schuf Trump schon in der ersten Woche seiner Amtszeit neue Tatsachen. Erst verkündete er den bereits im Wahlkampf versprochenen Bau einer Grenzmauer zu Mexiko. Die Kosten in Höhe von bis zu 20 Milliarden US-Dollar soll Mexiko übernehmen, möglicherweise durch Strafzölle oder Visakosten. Dann verhängte er ein Einreiseverbot in die USA für Staatsangehörige sieben mehrheitlich muslimischer Staaten (Irak, Iran, Jemen, Libyen, Somalia, Sudan und Syrien), das aufgrund des Widerspruchs US-amerikanischer Richter zurzeit ausgesetzt ist.

Abschottung vor wirtschaftlichem Wettbewerb und vor Migrantinnen, also Renationalisierung, sind nicht nur in den USA zu beobachten. Auch in Europa kehrt sich die jahrzehntelange Entwicklung hin zu offeneren Grenzen und wachsender wirtschaftlicher Verflechtung um. Das Nein der Briten zum Verbleib in der EU im vergangenen Jahr stand beispielhaft für diese Trendumkehr. Nationale Souveränität, vor allem in der Migrationspolitik, gaben den Ausschlag für den Brexit. Ein anderes Beispiel ist die Abwehr von Einwanderern und Geflüchteten an den EU-Außengrenzen. Nach der Aufnahme von Geflüchteten im Herbst 2015 in Deutschland und wenigen anderen EU-Staaten sowie der danach anschwellen-

den Kritik an der Bundeskanzlerin Angela Merkel und ihrer Flüchtlingspolitik verständigte sich die EU auf eine Verschärfung der Migrationspolitik. Einige EU-Mitgliedsländer unternahmen eigene weitreichende Maßnahmen zur Abwehr von Geflüchteten. Österreich beispielsweise beschloss eine Obergrenze für Geflüchtete und riegelte seine Grenzen ab. Aber auch bezüglich der Wirtschaftspolitik ist eine Renationalisierung innerhalb der EU erkennbar. Neben den Versuchen der französischen Regierung, die Wirtschaft durch wirtschaftspatriotische Appelle («kauft französisch») und ein eigens dafür zuständiges Ministerium zu stärken, zeigt sich die Renationalisierung vor allem in der Weigerung Deutschlands, seiner historischen Rolle als EU-Motor nachzukommen und – mittels Vergemeinschaftung von Schulden durch Eurobonds und Schuldenstreichung in den Krisenländern der EU-Peripherie sowie weiteren Transfers – einen Ausgleich zwischen reichen Nordländern und armen Südländern in der EU zu erreichen.

Doch nicht nur im Globalen Norden, auch in den Ländern des Südens, vor allem auf dem afrikanischen Kontinent, finden Prozesse der Renationalisierung statt. Südafrikas Regierung, dessen Präsident Jacob Zuma als Mitglied des Afrikanischen Nationalkongresses während der Apartheid im afrikanischen Exil leben musste, hat zum Beispiel die Möglichkeiten der Arbeitsaufnahme für Ausländer in den vergangenen Jahren deutlich eingeschränkt. Das trifft vor allem die Arbeitsmigranten aus den ärmeren Nachbarländern, die in der Vergangenheit auf der Suche nach einem Job ins Land gekommen sind. Deportationen von abgelehnten Migrantinnen sind in Südafrika seit Jahren an der Tagesordnung.

Für viele Simbabwer, die vor der Wirtschaftskrise in ihrem Land, die im Jahr 2000 mit der Besetzung von Farmen begann, nach Südafrika geflohen und dort aufgenommen worden sind, wird der legale Aufenthalt jetzt immer schwieriger. Ihre Duldung läuft in den nächsten Monaten ab. Mehr als zwei Millionen Simbabwer leben in Südafrika und halten mit ihren Rücküberweisungen ihre Familien zu Hause über Wasser. Fast 90 Prozent der Arbeitnehmer sind dort ohne Job, nachdem Simbabwes Langzeitpräsident Robert Mugabe erst die weißen Farmer aus dem Land geworfen und dann viele Unternehmen «nationalisiert» hat. In der Praxis bedeutet dies, dass große Teile der Wirtschaft von politischen Freunden des Präsidenten und des Militärs dominiert werden. Manager und Angestellte globaler Konzerne erhalten in Südafrika oft keine Arbeitserlaubnis mehr, da auch die arbeitsrechtlichen Hürden für die Anstellung von Ausländern in den letzten zwei Jahren drastisch erhöht worden sind. Unternehmen sind in Südafrika nun gezwungen, selbst langjährigen Mitarbeitern die Tür zu weisen, sollte das Arbeitsministerium darauf bestehen, dass es für den Arbeitsplatz auch geeignete südafrikanische Arbeitnehmer gibt.

Diese weltweit zu beobachtende Renationalisierung wird Folgen haben; schon jetzt ist eine Deglobalisierung festzustellen. Der Welthandel mit Gütern und Dienstleistungen konnte sich zwar nach der Weltwirtschaftskrise 2008 zunächst vor allem mittels kreditgetriebener chinesischer Investitionen sowie Flutung der Märkte mit Geld (*quantitative easing*) durch die Zentralbanken in den USA, Japan und der EU schnell regenerieren. Doch die Erholung des Welthandels hielt nur bis 2013 an. Vor der Weltwirtschafts-

krise 2008 war der Anteil des Handels am globalen Bruttoinlandsprodukt (BIP) beständig gewachsen und betrug 61 Prozent. Im Jahr 2015 lag der Anteil bei 58 Prozent (Worldbank 2017). Nicht nur der Welthandel, auch die globalen Kapitalflüsse, ausländische Direktinvestitionen und Portfolioinvestitionen – dazu zählt auch das spekulative sogenannte *hot money* – haben in den letzten Jahren nachgelassen. In den Jahren vor der Weltwirtschaftskrise betrug der Anteil dieser globalen Kapitalflüsse etwas mehr als 13 Prozent am weltweiten BIP. Im Jahr 2015 lag er – wie Anfang der 1990er Jahre – bei etwa fünf bis sechs Prozent (James u. a. 2014).

Die Deglobalisierung, der Rückgang der globalen Handels- und Kapitalströme, hat mehrere Gründe. Zunächst war er der globalen Wirtschaftskrise geschuldet. Die gegenwärtig anhaltende Schwäche des Handels ist vor allem Folge der wirtschaftlichen Schwäche Chinas. Insbesondere Chinas Hunger nach Importen hat nachgelassen. 2006 betrug Chinas Handelsanteil am BIP noch 56 Prozent, 2015 waren es nur noch 40,5 Prozent (ebd.). Diese Veränderung bekommen vor allem die Exporteure von Rohstoffen und landwirtschaftlichen Gütern wie die afrikanischen und lateinamerikanischen Länder zu spüren. China war zu ihrem wichtigsten Handelspartner geworden. Schuld ist aber auch die Wirtschaftskrise in vielen Ländern der Euro-Zone, wo die Austeritätspolitik die Schuldenkrise in den Südländern verlängert hat. Zudem befindet sich Frankreich, zweitgrößte Volkswirtschaft der Eurozone, in einer anhaltenden ökonomischen Schwächephase.

Der wesentliche Grund der gegenwärtig festzustellenden Deglobalisierung ist

aber die anhaltende Verschuldung vieler Staaten, Unternehmen und privater Haushalte ist. Wegen der hohen Schulden vergeben die Banken weniger Kredite und viele Staaten und Unternehmen investieren weltweit in geringerem Maße. So machten die ausländischen Direktinvestitionen 2007, also vor der Krise, 5,3 Prozent am globalen BIP aus, 2015 betrug ihr Anteil nur noch 2,8 Prozent (ebd.). Dieser Rückgang der Investitionen verlangsamt das Wirtschaftswachstum und reduziert damit auch den Handel zwischen den Ländern.

Die Verschuldung nimmt in vielen Ländern sogar wieder zu. In den USA ist die Verschuldung in den letzten Jahren wieder stark angestiegen, 2015 lag sie bei etwa 330 Prozent des BIP. Auch in Frankreich hat die Verschuldung von Staat und Privaten mit nunmehr 280 Prozent des BIP in den vergangenen Jahren stark zugenommen.

In China erreichte die Verschuldung mit 250 Prozent des BIP eine ähnliche Höhe. Chinas Regierung hat auf die Weltwirtschaftskrise mit einer Ausweitung der Investitionen reagiert, einen Abschwung will sich die Regierung offenbar nicht leisten. Der Anteil der Investitionen am BIP ist auf unglaublich hohe 54 Prozent angewachsen. Um diese Zahl einordnen zu können: Für ein aufstrebendes Land ist ein Wert zwischen 30 und 35 Prozent Investitionsanteil üblich, um sieben Prozent und mehr zu wachsen. Viele dieser chinesischen Investitionen sind in den letzten Jahren in wenig produktive Infrastrukturprojekte geflossen, unter anderem auch in vielfach leer stehende Wohn- und Bürogebäude. Der Staat, staatliche Unternehmen und private Haushalte haben sich dabei rasant verschuldet. Auch China vermag nicht end-

los zweistellig zu wachsen. Das jährliche Wirtschaftswachstum in China hat sich deutlich abgeschwächt. Viel spricht dafür, dass das von der Kommunistischen Partei verordnete jährliche Wachstum von 6,5 Prozent diesmal nicht erreicht wird, dass die Zahlen geschönt sind, dass China bereits eine harte Landung seiner Wirtschaft erlebt, dass aber eine Währungskrise wie in Mexiko 1994 und in Asien 1997 bislang vermieden werden konnte. Chinas Wachstumsrückgang hat in jedem Fall enorme Auswirkungen auf die Weltwirtschaft, die sich denn auch in den letzten drei Jahren deutlich abgeschwächt hat.

Und schließlich ist die gegenwärtige Deglobalisierung auch Resultat des abnehmenden Bevölkerungswachstums in vielen Industrie- und Schwellenländern, wodurch dort das Wirtschaftswachstum abgeschwächt und der Handelsaustausch verringert wird. 2015 wuchs die Weltbevölkerung nur noch um 1,18 Prozent. 1990 waren es noch 1,73 und in den wachstumsstarken 1960er Jahren sogar über zwei Prozent gewesen (ebd.). Chinas Regierung hat auf diese Gefahr, wie viele andere Regierungen weltweit, reagiert und die Ein-Kind-Politik abgeschafft. Die Wirkungen auf das Wachstum werden sich aber erst in Jahrzehnten zeigen.

## 1 DAS WIRTSCHAFTLICHE AUF UND AB DER AFRIKANISCHEN LÄNDER

Die wirtschaftliche Entwicklung auf dem afrikanischen Kontinent ist von der De-globalisierung der letzten Jahre nicht unberührt geblieben. Auf keinem anderen Kontinent gibt es so viele Staaten, deren Volkswirtschaften vom Rohstoffexport abhängig sind. Wächst die globale Nachfrage nach Rohstoffen, wächst die Wirtschaft in vielen afrikanischen Ländern. Chinas Hunger nach Rohstoffen kam den Ländern Afrikas in den letzten 15 Jahren deshalb zugute. Mit Chinas Wachstumsrückgang und der Wachstumsschwäche der EU hat auch die Wirtschaftsentwicklung auf dem afrikanischen Kontinent deutlich nachgelassen. 2015 erreichten nur noch zwei afrikanische Länder – Äthiopien und die Elfenbeinküste – ein Wachstum von mehr als sieben Prozent. Fünf Jahre zuvor waren es noch 15 Länder, die diese guten Wachstumszahlen aufwiesen (siehe Tabelle 1). 2011 titelte der in London erscheinende *Economist* «Africa rising». Das gleiche Blatt hatte noch im Jahr 2000 wegen den dortigen Wirtschaftskrisen, der Armut und Konflikte von «Hopeless Africa» gesprochen. 2013 meldete sich das englische Nachrichtenmagazin mit einem weiteren Bericht zur Wirtschaftslage in den Ländern Afrikas und sprach – wohl angesichts der Misere in anderen Weltregionen – von Afrika als «hopeful continent». Auch viele andere Zeitschriften und Zeitungen sprachen vom Aufbruch Afrikas in eine neue Dimension von Wachstum, Prosperität und Entwicklung. Doch bereits ein Jahr nach den positiven Meldungen setzte Ernüchterung ein. Einigen afrikanischen Ländern erging es gar wie während der Schuldenkrise in den 1980er

Jahren: Angola, Ghana, Nigeria und Mosambik mussten beim Internationalen Währungsfonds (IWF) Hilfskredite beantragen, weil sie wegen fehlender Einnahmen in Zahlungsschwierigkeiten geraten waren. Wie schon in den 1960er Jahren – als man nach der Unabhängigkeit der afrikanischen Staaten ein goldenes Zeitalter anbrechen sah – unterlief vielen Experten und Kommentatoren der gleiche Fehler: gegenwärtige Wachstumszahlen wurden einfach extrapoliert.

In vielen afrikanischen Staaten läuft die Wirtschaftsentwicklung seit Jahrzehnten in fast immer gleichen Bahnen. Auf Phasen des Wachstums – wie die hohe Nachfrage nach Afrikas Rohstoffen in den 1960er und 1970er Jahren – folgen Phasen des Einbruchs. So geschehen in den 1980er und 1990er Jahren, als nicht nur der Erdölpreis sank und Länder wie Nigeria in Schwierigkeiten gerieten, sondern auch andere Rohstoffe wie Kupfer, Gold und Eisenerz an Wert verloren. Grund für diese Wiederholung des wirtschaftlichen Auf und Ab ist die schwache Industrialisierung des Kontinents. In den meisten Staaten – mit Ausnahme von Südafrika, Botswana und den nordafrikanischen Staaten – gibt es keine Industrie. In den letzten Jahren ist der Anteil der Industrie sogar weiter gesunken. Darüber hinaus sind die einheimischen Industrieunternehmen häufig nur mit Hilfe der Politik vom nationalen Markt abhängig, denn ihre Kosten sind vor allem wegen der fehlenden Infrastruktur im internationalen Vergleich zu hoch. Bekannt ist das Beispiel, wonach der Transport von Gütern aus Asien an die Küste Afrikas günstiger ist, als der Weitertransport der Ware

auf den holprigen und kaum asphaltierten Straßen wenige Kilometer landeinwärts. Viele der afrikanischen Länder mit großer Wachstumsschwäche liegen denn auch im Inneren des Kontinents. Von der Öffnung der Weltmärkte seit den 1980er und 1990er Jahren konnten sie, im Gegensatz zu Ländern wie Vietnam, kaum profitieren. Die Öffnung ihrer eigenen Märkte für ausländische Produkte hatte eher zur Folge, dass Unternehmen und Arbeitsplätze verloren gingen. Bekannteste Beispiele sind die Textilindustrie, die durch die Konkurrenz aus China verdrängt wurde, sowie die Landwirtschaft und die Nahrungsmittelindustrie, die durch die kostengünstigeren Importe – auch wegen der Subventionen aus der EU, Asien oder Amerika – unter Druck gerieten.

Investitionen in die Infrastruktur – vor allem in den Straßenbau –, die in den vergangenen Jahren in Afrika getätigt wurden, sind daher von besonderer Bedeutung. Hohe Transportkosten sind – neben den Bildungsdefiziten aufgrund eines lückenhaften und überlasteten Bildungssystems und dem Kapitalmangel – das Hauptproblem der afrikanischen Wirtschaftsentwicklung. Wo die Infrastruktur und die politischen Rahmenbedingungen sich in den letzten Jahren positiv verändert haben, wo Straßen gebaut, die politische Einflussnahme auf Unternehmen verringert und Rahmenbedingungen vor allem für eine funktionierende Bürokratie verbessert wurden, zeigt sich heute, trotz des schwierigeren weltwirtschaftlichen Umfelds, eine positive wirtschaftliche Entwicklung. Zu den afrikanischen Ländern, die das Potenzial haben, das Auf und Ab der wirtschaftlichen Entwicklung hinter sich zu lassen und, wie viele asiatische Länder,

konstant reicher zu werden, zählen in Ostafrika Äthiopien, Kenia, Ruanda und Tansania, in Westafrika die Elfenbeinküste und der Senegal, im südlichen Afrika Botswana und Namibia (die aber als sehr kleine Volkswirtschaften kaum ins Gewicht fallen) und in Nordafrika Marokko, das von seiner politischen Stabilität und der Nähe zur EU profitiert, deren Unternehmen, so etwa der französische Autobauer Renault, große Investitionen im Königreich getätigt haben (siehe Tabelle 1). Zu den afrikanischen Ländern, die zurzeit zurückzubleiben drohen, zählen die beiden kontinentalen Schwergewichte Nigeria und Südafrika. Nigeria kann sich aus seiner Abhängigkeit vom Erdöl nicht lösen, die nicht nur die Wirtschaft dominiert, sondern auch Politik und Wirtschaft mit Korruption vergiftet. Seit zwei Jahren erlebt das 180-Millionen-Einwohner-Land eine Währungs-, Zahlungs- und Wirtschaftskrise. Viele Menschen sind in Nigerias Norden von Hunger und Mangelernährung bedroht, und viele der Migranten, die sich in Richtung Europa aufmachen, stammen von dort. Südafrikas Wirtschaft befindet sich ebenfalls seit Jahren im Kriechgang. Nach der Apartheid hatte sich die Lage verbessert, und Chinas Boom hatte Mitte der 2000er Jahre auch am Kap die Wirtschaft beflügelt. Obwohl die seit 2014 stark abgewertete Währung die Exportchancen der Unternehmen verbessert hat, schrumpft die Industrie weiter. Die Investoren bewerten Südafrika als «ugly» (Sharma 2016) und halten sich mit der Errichtung neuer Fabriken zurück. Der Anteil der Investitionen am BIP ist auf 19,5 Prozent gefallen und liegt deutlich unter den Werten in anderen aufstrebenden Ländern. Die südafrikanische Regierung hat es versäumt, in das Bildungssystem zu investieren und

**Tabelle 1: jährliches BIP-Wachstum in Prozent in den Jahren 1990, 2000, 2010 und 2015**

	1990	2000	2010	2015
> 7	Benin, Mauritius, Nigeria, Swaziland, Tansania, Tunesien	Äquat. Guinea, Kapverden, Komoren, Kongo, Liberia, Mauritius, Ruanda	Äthiopien, Botswana, Burkina Faso, Gabun, Ghana, Kapverden, Kenia, DR Kongo, Kongo, Niger, Nigeria, Ruanda, Sambia, Simbabwe, Tschad	Äthiopien, Elfenbeinküste
5–7	Ägypten, Botswana, Komoren, Gabun, Guinea-Bissau, Malawi, Lesotho, Seychellen, Simbabwe, Uganda	Ägypten, Äthiopien, Benin, Gambia, Guinea-Bissau, Nigeria, Sierra Leone, Sudan	Ägypten, Gambia, Lesotho, Liberia, Libyen, Malawi, Mali, Mauritius, Mosambik, Namibia, Seychellen, São Tome-P., Sierra Leone, Südsudan, Tansania, Uganda	Dschibuti, Kamerun, Kenia, DR Kongo, Mali, Mosambik, Namibia, Ruanda, Senegal, Togo, Tansania, Uganda
4–5	Guinea, Kenia	Kamerun, Madagaskar, Südafrika, Tansania, Tunesien	Guinea-Bissau, Senegal	Ägypten, Burkina Faso, Gabun, Gambia, Ghana, Guinea-Bissau, Marokko, Sudan, Zentralafrikanische R.
2–4	Äthiopien, Burundi, Gambia, Ghana, Madagaskar, Marokko, Namibia, Sierra Leone	Algerien, Angola, Ghana, Guinea, Lesotho, Libyen, Namibia, Sambia, Senegal, Uganda	Algerien, Angola, Benin, Dschibuti, Kamerun, Komoren, Marokko, Südafrika, Sudan, Togo, Tunesien, Zentralafrikanische R.	Algerien, Angola, Benin, Kongo, Madagaskar, Malawi, Mauritius, Niger, Nigeria, Sambia, São Tome-P., Seychellen, Swaziland
0–2	Algerien, Kapverden, Kongo, Mosambik	Botswana, Burkina Faso, Dschibuti, Kenia, Malawi, Marokko, Mosambik, Seychellen, Swaziland	Elfenbeinküste, Guinea, Madagaskar, Swaziland	Guinea, Kapverden, Komoren, Lesotho, Liberia, Südafrika, Simbabwe, Tschad, Tunesien
< 0	Angola, Äquat. Guinea, Burkina Faso, Elfenbeinküste, Kamerun, DR Kongo, Liberia, Mali, Niger, Ruanda, Sambia, Senegal, Somalia, Südafrika, Sudan, Togo, Tschad, Zentralafrikanische R.	Burundi, Elfenbeinküste, Gabun, DR Kongo, Mali, Niger, Simbabwe, Togo, Tschad, Zentralafrikanische R.	Äquat. Guinea, Burundi	Äquat. Guinea, Botswana, Burundi, Sierra Leone, Südsudan

Quelle: Worldbank 2017. Die Anzahl der Staaten in der Tabelle schwankt zwischen 46 und 51, weil nicht für jedes Jahr verlässliche Zahlen vorliegen. 2011 kam außerdem der neu gegründete Staat Südsudan hinzu.

die Stromversorgung sicherzustellen. So erleben die Universitäten des Landes eine Streikwelle und immer wieder gehen die Lampen aus.

Die wirtschaftliche Entwicklung in den afrikanischen Ländern hat sich nach der Phase des wirtschaftlichen Booms erneut differenziert. «Africa rising» war lediglich eine vereinheitlichende Story der Medien über einen Kontinent großer Unterschiede mit vielen kleinen Staaten, die jeweils eine Einwohnerschaft von oft weniger als 15 Millionen aufweisen und deren BIP oft kleiner ist als die Wirtschaftsleistung von Metropolen in Asien, Europa oder Nordamerika. Welche Auswirkungen der sich durch die weltweite Tendenz einer Renationalisierung beschleunigende Prozess der Deglobalisierung auf die Länder des afrikanischen Kontinents haben wird, ist schwer zu prognostizieren. Durch ihre Abhängigkeit werden sie von der Deglobalisierung nicht unberührt bleiben, vor allem dann nicht, wenn Donald Trump das seit 2000 bestehende Handelsabkommen AGOA (African Growth and Opportunity Act)

ebenso infrage stellen sollte wie TTIP, TPP oder NAFTA. AGOA hatte die Handelsbilanz einiger Länder in Afrika durch den erleichterten Zugang zum US-Markt verbessert. Doch es gab bereits Kritik gegenüber dem Abkommen innerhalb der neuen US-Administration (Muchira 2017).

Können die Auswirkungen der Deglobalisierung jenseits einer sich allgemein verlangsamenden Weltwirtschaftsentwicklung kaum vorausgesagt werden, lassen sich dennoch Aussagen treffen, warum es einigen Ländern in Afrika gelingt, zumindest bislang, den negativen weltwirtschaftlichen Entwicklungen zu trotzen. Zwei Beispiele aus Westafrika, nämlich die Elfenbeinküste und der Senegal, sollen daher näher analysiert werden. In beiden Ländern haben die noch jungen Regierungen neue Entwicklungsprogramme kreiert, mit denen sie einen Anschluss an die anderen aufstrebenden Länder beabsichtigen. Ihre Programme stoßen international auf viel Wohlwollen, haben aber in den Ländern selbst auch Kritik hervorgerufen.

## 2 AFRIKAS STABILER WESTEN: DIE ELFENBEINKÜSTE UND DER SENEGAL

Die Elfenbeinküste und der Senegal gehören mit 20 bzw. 15 Millionen Einwohnern und einem BIP von 32 bzw. 14 Milliarden US-Dollar (2015) zu den größeren Volkswirtschaften in Westafrika. Übertroffen werden die beiden lediglich von Ghana mit etwa 25 Millionen Einwohnern und einem BIP in Höhe von 37 Milliarden US-Dollar sowie Nigeria mit 180 Millionen Einwohnern und einem BIP von 480 Milliarden US-Dollar. Ghana und Nigeria erleben jedoch wie viele andere Staaten in Afrika nach Jahren guter wirtschaftlicher Entwicklung einen wirtschaftlichen Einbruch. In beiden Ländern kam es in den Jahren 2015 und 2016 zu einem deutlichen Verfall der Währungen. In Nigeria schrumpfte das BIP zwischen 2014 und 2015 um 80 Milliarden US-Dollar, und die Inflation stieg – bedingt durch den Währungsverfall, der die Importe verteuert – auf knapp 19 Prozent.<sup>1</sup> 2015 hatte die Zentralbank den Tauschkurs auf 197 Naira für einen US-Dollar festgelegt.<sup>2</sup> Mitte 2016 musste Nigerias Zentralbank die Währung Naira freigeben, nachdem der Wert eines US-Dollars auf dem Schwarzmarkt auf 370 Naira gestiegen war. Heute müssen auf dem Schwarzmarkt 500 Naira für einen US-Dollar hingeblickt werden. Nigeria leidet als Erdölexporteur vor allem unter dem seit 2014 andauernden Preisverfall des Rohstoffs. 70 Prozent der Staatseinnahmen kommen aus dem Erdölverkauf, der über 90 Prozent der Exporte ausmacht. In Ghana sind die Rohstoffexporte diversifizierter. Neben Gold, Diamanten und Eisenerzen exportiert das Land landwirtschaftliche Produkte wie Kakao und Holz. Doch auch Ghana leidet unter dem Preis-

verfall seiner Exportgüter, auch dort ging die Wirtschaftsleistung stark zurück. Im Januar 2012 hatte das Land noch Waren im Wert von über vier Milliarden US-Dollar exportiert. Im Januar 2016 waren es nur etwas mehr als 2,5 Milliarden US-Dollar. Beide Länder mussten beim IWF Finanzhilfen beantragen, um ihre Haushalte zu stabilisieren (Donnan/Fick 2016).<sup>3</sup> Statistische Angaben aus den afrikanischen Ländern sind in der Regel mit Vorsicht zu verwenden: Die schlecht ausgestatteten Statistikämter können viele Zahlen nur schätzen; viele wirtschaftliche Aktivitäten werden von den Behörden nicht registriert, da sie im informellen oder illegalen Sektor ablaufen (Osmanovic 2017).<sup>4</sup> Trotz der unsicheren Zahlen ist jedoch nicht zu bestreiten, dass Ghana und Nigeria gegenwärtig eine schwere Wirtschaftskrise erleben.

Im Nachbarland Elfenbeinküste und im Senegal sieht die wirtschaftliche Lage ganz anders aus, auch wenn deutliche Unterschiede zwischen den beiden Ländern existieren. Die Elfenbeinküste war mit der Metropole Abidjan das wirtschaftliche Zentrum des ehemaligen französischen Kolonialgebiets in Westafrika. Seit Ende des Zweiten Weltkrieges erlebte die Elfenbeinküste einen Wirtschaftsboom. Angetrieben durch den Export von Ka-

**1** Für die Entwicklung der Inflation in Nigeria vgl.: [www.tradingeconomics.com/nigeria/inflation-cpi](http://www.tradingeconomics.com/nigeria/inflation-cpi). **2** Vgl. Nigeria allows naira to float against US dollar, in: BBC, 15.6.2016, unter: [www.bbc.com/news/business-36538379](http://www.bbc.com/news/business-36538379). **3** Vgl. hierzu die Pressemitteilung des IWF: IMF Approves US\$ 918 Million ECF Arrangement to Help Ghana Boost Growth, Jobs and Stability, 3.4.2015, unter: [www.imf.org/en/News/Articles/2015/09/14/01/49/pr15159](http://www.imf.org/en/News/Articles/2015/09/14/01/49/pr15159), sowie [www.bloomberg.com/news/articles/2016-09-28/imf-disburses-further-116-million-to-ghana-under-bailout-plan](http://www.bloomberg.com/news/articles/2016-09-28/imf-disburses-further-116-million-to-ghana-under-bailout-plan). **4** Der Schmuggel von Öl und anderen Produkten über die Grenze zwischen Benin und Nigeria ist bekannt (Golub 2012).

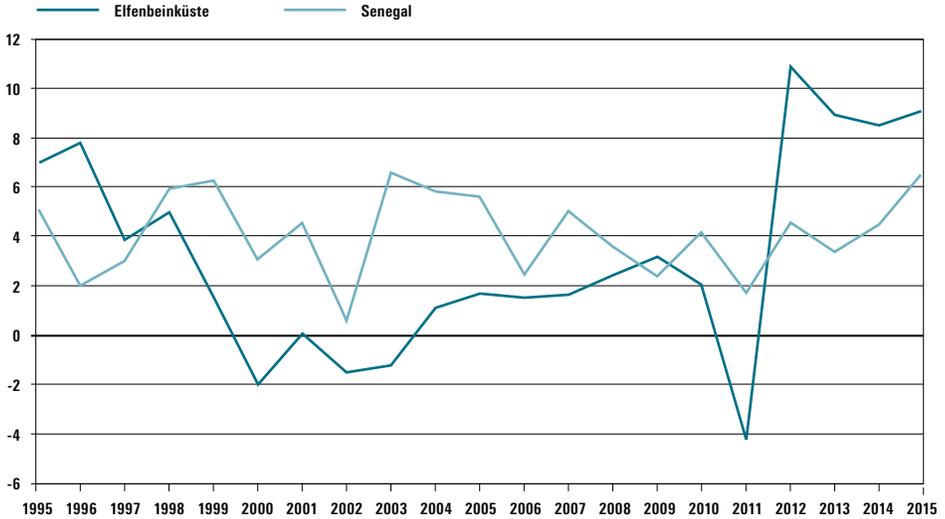
kao, Kaffee, Holz und Erdöl und einem starken Bevölkerungswachstum, das auch auf den Zuzug vieler Migranten aus anderen Teilen Westafrikas zurückzuführen ist, erlebte das Land auch nach seiner Unabhängigkeit im Jahr 1960 einen raschen wirtschaftlichen Aufstieg, der bis in die 1970er Jahre kaum anderswo in Afrika erreicht wurde und auch den Vergleich mit asiatischen Ländern damals noch nicht zu scheuen brauchte. Das BIP pro Kopf verdoppelte sich fast, von 1.234 US-Dollar im Jahr 1960 auf 2.348 US-Dollar im Jahr 1979 (siehe Abbildung 2). Als eine Art Symbol des neuen Reichtums konnte man damals in Abidjan auf einem Hoteldach im tropischen Klima Schlittschuh laufen – einzigartig in Afrika. Doch die Schuldenkrise der 1980er Jahre bereitete dem Aufschwung ein Ende. Die Regierung der Elfenbeinküste hatte einen beträchtlichen Teil der wirtschaftlichen Entwicklung mit Krediten finanziert, welche die Geber aus dem Westen dem Darling einer marktorientierten Volkswirtschaft in Zeiten des Kalten Krieges gern bereitgestellt hatten. Als die Ölpreise in den 1970er Jahre stiegen und die Preise für die eigenen Exporte wegen der Rezession in Europa und Nordamerika verfielen, geriet die Elfenbeinküste wie viele afrikanische Länder in die Krise. Durch den Bürgerkrieg (2002–2007) und die politischen Konflikte nach der Präsidentschaftswahl 2010<sup>5</sup> dauerte die Krise in der Elfenbeinküste fast 30 Jahre. In dieser Zeit fiel das BIP pro Kopf wieder auf den Stand von 1960, dem Jahr der Unabhängigkeit.<sup>6</sup> Erst seit wenigen Jahren ist die Elfenbeinküste wieder stabil und erholt sich von der langen politischen Krise, die die Wirtschaft schwer belastet hat. Die Elfenbeinküste nimmt aktuell neben Äthiopien den Spitzenplatz im Wirt-

schaftswachstum ein. 2015 wuchs die Wirtschaft um 8,5 Prozent und auch im Jahr davor erreichte das westafrikanische Land annähernd neun Prozent Wachstum.

Im Senegal kam es nach der Unabhängigkeit im Gegensatz zur Elfenbeinküste nicht zu einem Wirtschaftsboom, vielmehr geriet das Land durch den Funktionsverlust Dakars als ehemalige Hauptstadt von Französisch-Westafrika in wirtschaftliche Schwierigkeiten. Als die Subventionen Frankreichs für die Erdnussproduktion Ende der 1960er Jahre wegfielen und das senegalesische Erdnussöl wegen der Konkurrenz anderer Speiseöle aus Europa an Bedeutung verlor, geriet auch die ländliche Ökonomie in die Krise. Infolge der Erdöl- und Schuldenkrisen der 1970er und 1980er Jahre und den verfehlten Strukturanpassungsprogrammen von IWF und Weltbank stagnierte das BIP pro Kopf im Senegal in den letzten 55 Jahren. Bereits seit Anfang der 2000er Jahre wächst die senegalesische Wirtschaft wieder stabil zwischen zwei und sieben Prozent und hat damit die lange Krisenperiode seit der Unabhängigkeit bis Ende der 1990er Jahre überwunden (siehe Abbildung 1). Im Senegal ist das Wachstum mit circa sechs Prozent zwar etwas niedriger als in der Elfenbeinküste. Beide Wirtschaften wachsen aber seit Jahren bei niedriger Inflation um null bis zwei Prozent beständig und trotzen damit der im Allgemeinen schlechteren wirtschaftlichen Entwicklung in den Ländern Afrikas.

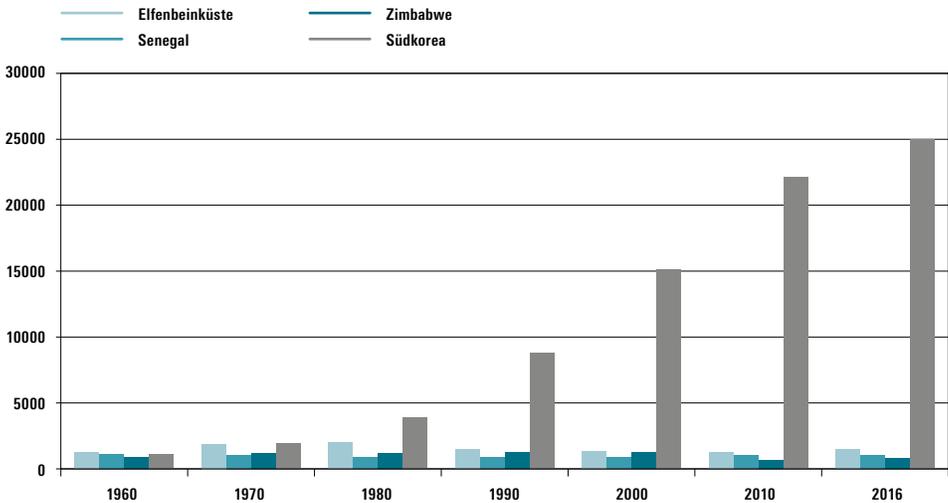
<sup>5</sup> 2010 verlor der Amtsinhaber Laurent Gbagbo die Präsidentschaftswahlen, wollte das Amt aber nicht räumen. Daraufhin kam es zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Gbagbo-Milizen und Milizen des Wahlsiegers und heutigen Präsidenten Alassane Ouattara. <sup>6</sup> Südkorea, dessen Pro-Kopf-Einkommen 1960 unter dem der Elfenbeinküste lag, konnte seither den Reichtum pro Kopf um das 25-fache steigern.

**Abbildung 1: Jährliches Wachstum des BIP in Prozent (1995–2015)**



Quelle: Worldbank 2017

**Abbildung 2: BIP pro Kopf in konstanten US-Dollar (1960–2015)**



Quelle: Worldbank 2017. Die Zahlen sind in dieser Abbildung inflationsbereinigt, um einen Vergleich zwischen den Jahren ziehen und den echten Reichtum bestimmen zu können.

## 2.1 Gründe für die Stabilität

Angesichts der enttäuschenden wirtschaftlichen Entwicklung seit den 1980er Jahren sowohl im Senegal als auch in der Elfenbeinküste ist es umso erstaunlicher, dass es beiden Ländern gegenwärtig gelingt, der globalen Wirtschaftskrise mehr als nur standzuhalten, sondern weiter stark zu wachsen.

Ein Antrieb des Wachstums ist in beiden Ländern die Bevölkerungsentwicklung. Beide Volkswirtschaften profitieren von einem Bevölkerungswachstum von drei Prozent pro Jahr. Diesen Wachstumsfaktor teilen die beiden freilich mit vielen anderen Ländern in Afrika, in denen die Bevölkerungsentwicklung ebenfalls deutlich höher ist als in Europa, China, Japan oder in den USA, wo sich das Wirtschaftswachstum auch wegen des Rückgangs bzw. der Stagnation des Arbeitskräftepotenzials abschwächt. Die Wachstumsraten von sechs Prozent im Senegal und annähernd neun Prozent in der Elfenbeinküste gehen denn auch vor allem auf die gestiegenen Investitionen zurück. Investitionen des Staates oder der Unternehmen in die Infrastruktur oder in Fabriken sind die Hauptantriebskraft des Wirtschaftswachstums, denn der Konsum, der einen größeren Anteil am BIP stellt, wächst weniger dynamisch. Darüber hinaus verbessern Investitionen die Produktivität der Wirtschaft und damit ebenfalls das potenzielle Wachstum.

Die staatlichen Investitionen in die Infrastruktur der letzten Jahre treiben beide Volkswirtschaften an. Der Bausektor boomt vor allem wegen dieser staatlichen Investitionen, die den Kern der Entwicklungspläne beider Länder darstellen. Im Senegal heißt das Entwicklungsprogramm «Sénégal Émergent»,

in der Elfenbeinküste «Plan National de Développement». Aber auch die privaten Unternehmen und Haushalte investieren. Überall werden neue Häuser und Apartmentblocks sowie Bürogebäude aus dem Boden gestampft. Die Zementproduktion floriert in beiden Ländern.<sup>7</sup>

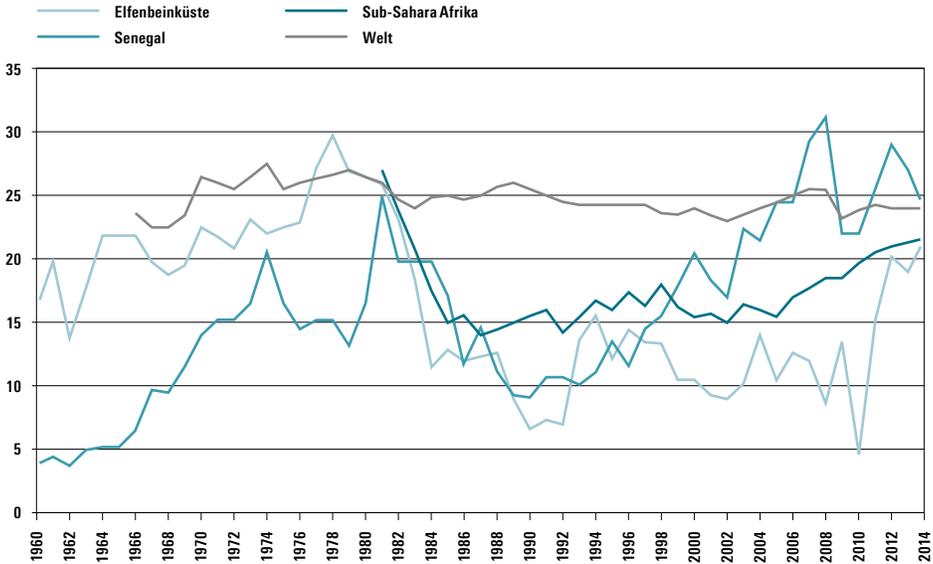
Der Anteil der Investitionen am BIP ist von zehn bis 15 Prozent in den 1980er Jahren auf 20 bis 30 Prozent in den letzten Jahren angewachsen. Weltweit liegt der Anteil der Investitionen bei 20 bis 25 Prozent. In schnell wachsenden Entwicklungs- und Schwellenländern liegt der Anteil in der Regel zwischen 30 und 40 Prozent am BIP (siehe Abbildung 3). Die Investitionen werden aus den Einnahmen, im Falle des Staates aus den Steuern, und Krediten finanziert. Chinas Investitionsboom der letzten Jahre war sehr stark kreditgetrieben.

In der Elfenbeinküste und im Senegal liegt die Verschuldung des Staates gemessen am BIP bei 30 bzw. 44 Prozent. Damit liegen beide Länder weit unter den problematischen Werten in Griechenland (176 %) oder Portugal (129 %). In Nigeria betragen die Schulden nur elf Prozent, dennoch kam es hier zu einer Währungs- und Wirtschaftskrise. Die Aussichten hatten sich dramatisch verschlechtert, weil angesichts schrumpfender Einnahmen fast 80 Prozent des Staatshaushaltes für die Schuldenbedienung aufgewandt werden mussten.<sup>8</sup>

Auch für die Staaten Afrikas gilt, dass die Höhe der Schulden weniger entschei-

<sup>7</sup> Vgl. hierzu den Zeitungsartikel von Crusoe Osagie: Dangote Commences Construction of 3 Million Tonnes Cement Plant in Cote d'Ivoire, in: This Day, 8.4.2016, unter: [www.thisdaylive.com/index.php/2016/04/08/dangote-commences-construction-of-3-million-tonnes-cement-plant-in-cote-divoire/](http://www.thisdaylive.com/index.php/2016/04/08/dangote-commences-construction-of-3-million-tonnes-cement-plant-in-cote-divoire/). <sup>8</sup> Vgl. hierzu den Zeitungsartikel von Omololu Ogunmade: Nigeria Spends 80% of Revenues to Service Debts, Says Development Bank, in: This Day, 2.3.2016, unter: [www.thisdaylive.com/index.php/2016/03/02/nigeria-spends-80-of-revenues-to-service-debts-says-development-bank/](http://www.thisdaylive.com/index.php/2016/03/02/nigeria-spends-80-of-revenues-to-service-debts-says-development-bank/).

Abbildung 3: Anteil der Investitionen am BIP in Prozent (1960–2015)



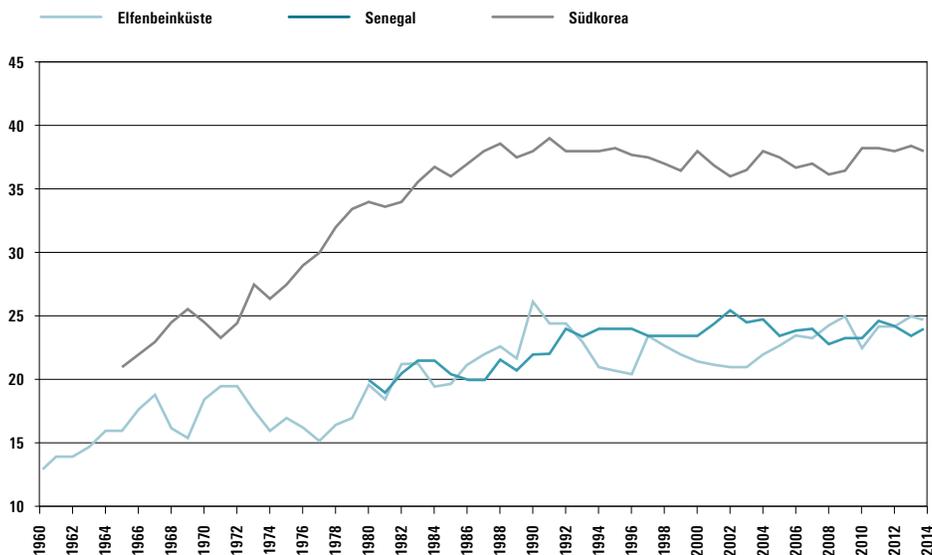
Quelle: Worldbank 2017

dend ist als das Tempo der Verschuldung und die Einschätzung der Märkte, ob die Schulden bedient werden können bzw. ob lokale und internationale Gläubiger weiter bereit sind, Kredite zur Verfügung zu stellen. Trotz anwachsender Verschuldung – vor allem im Senegal – gibt es jedoch keine Anzeichen dafür, dass in einem der beiden Länder eine Vertrauenskrise droht. Dies ist vor allem deshalb nicht der Fall, weil in beiden Ländern der Bankensektor reguliert und eine Kreditvergabe an Private an Auflagen gebunden ist. Eine Kredit- oder Immobilienblase wie die, die in den USA, Japan und Europa Krisen ausgelöst haben, ist nicht festzustellen. Fast 90 Prozent der Immobilien werden im Senegal mit Geldern finanziert, die nicht von Banken vergeben werden. Hauptquelle sind Rücküberweisungen der Migranten,<sup>9</sup> die im Senegal im Jahr 2014 knapp 1,8 Milliarden US-Dollar

und in der Elfenbeinküste 200 Millionen US-Dollar betragen.<sup>10</sup> Im Senegal – wie in vielen anderen afrikanischen Ländern – übersteigen die Rücküberweisungen die offizielle Entwicklungshilfe, die auch wieder an Bedeutung gewonnen hat. Bauprojekte werden nicht zuletzt im Senegal mit Bargeld finanziert und kommen daher nur langsam voran oder geraten gar ins Stocken, wenn die Einnahmequelle vorübergehend versiegt. Eine wichtige Geldquelle sind auch illegale Geschäfte. Schwarzgelder fließen an der Steuer vorbei in den Immobiliensektor. Geld aus kriminellen Aktivitäten wie dem Drogenhandel werden in der Bauwirtschaft gewaschen (Osmanovic 2017).

<sup>9</sup> Die Rücküberweisungen übersteigen im Senegal die offizielle Entwicklungshilfe in Höhe von etwa 1,1 Milliarden US-Dollar. In der Elfenbeinküste betrug die Hilfe im Jahr 2014 etwa 922 Millionen US-Dollar (Worldbank 2017). <sup>10</sup> Vgl. die Rücküberweisungen von Migranten verschiedener Länder unter: [www.de.theglobaleconomy.com/rankings/Remittances/](http://www.de.theglobaleconomy.com/rankings/Remittances/).

Abbildung 4: Anteil der Industrie am BIP in Prozent (1960–2015)



Quelle: Worldbank 2017

## 2.2 Nicht ohne Schwachstellen

In beiden Ländern gibt es trotzdem jede Menge Investitions- und Nachholbedarf bei der Produktivität. So ist die Verkehrsinfrastruktur in der Elfenbeinküste und im Senegal durch die lange Periode der Krise enorm unterentwickelt. Der Senegal hat erst eine Autobahn von nicht einmal 100 Kilometern Länge. Der Flughafen und viele weitere Gebäude stammen aus den 1960er und 1970er Jahren. Die Elfenbeinküste mit einer Landesfläche von 322.463 Quadratkilometern verfügt über weniger Eisenbahnkilometer (639 km) als das kleine Mazedonien (25.713 km<sup>2</sup>) mit 699 Kilometer. Der Transport von Waren ist überall in Afrika langwierig und teuer. Verstopfte Straßen gehören zum Alltag und belasten die Geschäfte, nicht selten verdirbt die Ware auf dem Weg zum Konsumenten. Die Einhaltung von Kühlketten ist bei tempe-

ratursensiblen Waren oft nicht möglich. Dies beeinträchtigt auch die Exportfähigkeit der beiden Länder, weil sie die Gesundheitsstandards vieler Länder, auch in der EU, nicht erfüllen (Mutume 2006). Neben den Straßenproblemen existieren Logistikprobleme, nicht zuletzt ist der Fuhrpark veraltet. Pannen und Unfälle sind wegen der veralteten Lastwagen an der Tagesordnung. In beiden Ländern kosten sie unzählige Menschenleben und verursachen immensen volkswirtschaftlichen Schaden.

Überfüllte Schulen und Universitäten gehören ebenfalls zum Alltag. Ein Klassenzimmer teilen sich im Senegal nicht selten bis zu 80 Schüler. Universitäten wie in Dakar und Abidjan sind mit dem Andrang der Studenten überfordert. Die Qualität des Bildungssystems ist schlecht. Absolventen sind nicht ausreichend auf die Arbeitswelt vorbereitet. Trotz reichlichem

Arbeitskräfteangebot herrscht in manchen Branchen Arbeitskräftemangel. Die Qualifikationsansprüche sind hoch und es fallen für die Unternehmen hohe Kosten für die Weiterbildung an.

Weiterer Schwachpunkt im Senegal und in der Elfenbeinküste ist die industrielle Entwicklung. Wie anderswo in Afrika auch liegt der Anteil der Industrie am BIP in beiden Ländern unter dem weltweiten Durchschnitt von gegenwärtig 28 Prozent (siehe Abbildung 4). Dabei spielt der Anteil des Bergbaus an der Industrie mit 15 Prozent eine große Rolle, sodass der im engeren Sinne eigentliche Anteil des verarbeitenden Gewerbes bei nur 13,5 Prozent im Senegal und 15 Prozent in der Elfenbeinküste liegt.<sup>11</sup>

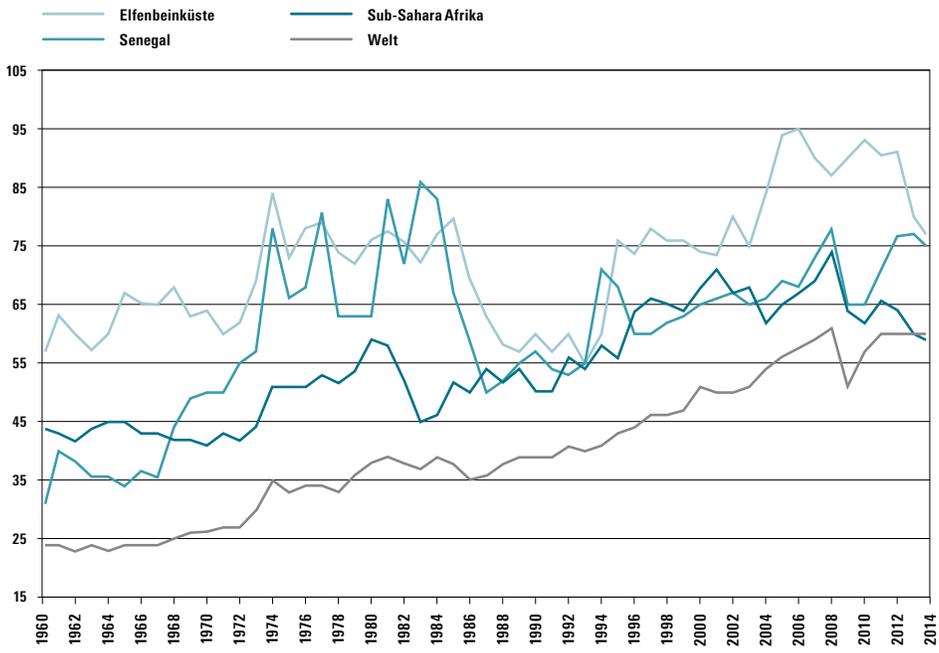
Der wirtschaftliche Aufstieg Südkoreas und anderer Staaten in Asien war wesentlich getrieben von der wachsenden Industrialisierung. Die Wirtschaft in den beiden afrikanischen Ländern ist dagegen weiterhin sehr stark von der Landwirtschaft (Senegal ca. 15 %, Elfenbeinküste ca. 26 %) abhängig. In beiden Ländern arbeitet die Mehrheit der Menschen in der Landwirtschaft und im informellen Sektor, das heißt als Kleinhändler, Straßenverkäufer oder Tagelöhner. Industriearbeitsplätze sind rar. Eine industrielle Basis ist jedoch von enormer Bedeutung und schützt in der Regel vor einem zu großen wirtschaftlichen Auf und Ab, dem die Landwirtschaft durch klimatische Veränderungen und der Bergbau durch die Marktpreisschwankungen immer wieder ausgesetzt sind.

### 2.3 Deglobalisierung und Krise im Senegal und in der Elfenbeinküste

Der Deglobalisierungstrend ist auch im Senegal und in der Elfenbeinküste zu beobachten. Vor allem in der Elfenbeinküste ging der Anteil des Handels am BIP von 93 (2012) auf 76 Prozent (2015) zurück (siehe Abbildung 5); in Afrika insgesamt war der Trend ebenfalls eindeutig: von 64 auf 54 Prozent. Die Exporte der Elfenbeinküste sanken deutlich im Zeitraum 2013 bis 2015 von 13,2 Milliarden US-Dollar auf 11,5 Milliarden; ein Rückgang von über zehn Prozent. Im Senegal war der Rückgang mit einem Minus von 5 Prozent etwas weniger ausgeprägt. Hier nahm das Exportvolumen von 2,66 auf 2,5 Milliarden US-Dollar im Zeitraum 2013 bis 2015 ab (Worldbank 2017). Sollte sich der Handel in der Elfenbeinküste weiter abschwächen, hätte dies Konsequenzen für die weitere gesamtwirtschaftliche Entwicklung, da sich das Leistungsbilanzdefizit von zurzeit 2,5 Prozent am BIP weiter ausweiten könnte.<sup>12</sup> Bislang ist dieser Wert auch im internationalen Vergleich kein Problem. Im Senegal ist das Leistungsbilanzdefizit mit gegenwärtig 8,1 Prozent am BIP deutlich höher, da die Importe die Exporte deutlich übersteigen.<sup>13</sup> Zum Vergleich: Krisenländer wie Griechenland hatten vor dem Ausbruch der Krise im Jahr 2008 ein Leistungsbilanzdefizit in Höhe von fast 15 Prozent.<sup>14</sup>

<sup>11</sup> Vgl. hierzu die Zahlen unter: [www.africaneconomicoutlook.org/en/statistics](http://www.africaneconomicoutlook.org/en/statistics). <sup>12</sup> Vgl. hierzu die Entwicklung der Leistungsbilanz/BIP der Elfenbeinküste, unter: [www.tradingeconomics.com/ivory-coast/current-account-to-gdp](http://www.tradingeconomics.com/ivory-coast/current-account-to-gdp). <sup>13</sup> Vgl. hierzu die Entwicklung der Leistungsbilanz/BIP Senegals, unter: [www.tradingeconomics.com/senegal/current-account-to-gdp](http://www.tradingeconomics.com/senegal/current-account-to-gdp). <sup>14</sup> Siehe als Vergleich die Entwicklung der Leistungsbilanz/BIP Griechenlands, unter: [www.tradingeconomics.com/greece/current-account-to-gdp](http://www.tradingeconomics.com/greece/current-account-to-gdp).

Abbildung 5: Anteil des Handels am BIP in Prozent (1960–2015)



Quelle: Worldbank 2017

### 3 RE-REGIONALISIERUNG DER WIRTSCHAFT UND FAIRE HANDELSABKOMMEN?

Die Elfenbeinküste und der Senegal trotz der Krise – im Gegensatz zu Ghana, Nigeria und vielen anderen Ländern in Afrika. Eine durch die US-Handelspolitik ausgelöste beschleunigende Deglobalisierung hätte aber auch für diese beiden Länder in Westafrika negative Folgen, denn sowohl der Senegal als auch die Elfenbeinküste sind extrem offene Volkswirtschaften. Der Anteil des Handels am BIP beträgt zwischen 65 und 95 Prozent. Die Länder Westafrikas weisen mit Ausnahme Nigerias kleine Binnenmärkte auf: Senegals 15 Millionen Einwohner erwirtschaften lediglich so viel wie 300.000 Isländer. Der Weltmarkt ist auch deshalb so bedeutend, weil die Länder in Westafrika untereinander noch nicht in dem Maße Handel treiben, wie dies in anderen Weltregionen der Fall ist, in denen der regionale Handel dominiert. Die wichtigsten Handelspartner der Elfenbeinküste sind in absteigender Reihenfolge: Nigeria (24%), Frankreich (19,1%), USA (12,1%), China (11,2%), Niederlande (10,8%), Deutschland (9,1%) und Indien (8,8%).<sup>15</sup> Ein wichtiger Grund für die schwache regionale Handelsverflechtung ist die zuvor erwähnte schlechte Infrastruktur in der Region (Engel/Jouanjean 2015), die den Austausch zwischen den Ländern ebenso erschwert wie die Grenzkontrollen und die Handelspolitiken, die nach der Unabhängigkeit eingeführt wurden, um die eigene Souveränität zu stärken, die Haushalte der jungen Staaten zu finanzieren und einzelne Unternehmen zu schützen, die eng mit der Politik verbunden sind. Ein Beispiel für diese enge Verflechtung von Politik und Unternehmen im postkolonialen Senegal ist das Zu-

ckermonopol der Firma Mimran, das der Staat mit Importsteuern schützt, um Arbeitsplätze zu sichern, und das zu einem deutlich höheren Zuckerpreis im Senegal als im benachbarten Gambia führt, sodass der Schmuggel blüht (Douet 2015). Die im Jahr 1975 gegründete regionale Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) strebt eine engere wirtschaftspolitische Zusammenarbeit an und hat Personenfreizügigkeit in der Region eingeführt. Doch fehlt es bislang an politischem Willen – zumal beim größten Mitglied Nigeria, das seine Industrien zu schützen versucht –, die Integration international wenig wettbewerbsfähiger Einzelmärkte mit gemeinsamen Initiativen (etwa dem Ausbau der Infrastruktur) voranzubringen.

Auch globale Akteure, insbesondere die EU und China, stören mit ihren Handelspolitiken eine solche Integration in Westafrika. China ist an der Sicherung seiner Rohstoffimporte aus Westafrika interessiert und schenkt der regionalen Wirtschaftsintegration in Afrika wenig Aufmerksamkeit. Die EU führt die Förderung der regionalen Zusammenarbeit zwar im Munde und gibt auch in Westafrika, wie anderswo, erhebliche Geldmittel dafür aus, hat aber mit ihrem Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPA)<sup>16</sup> zu einer Spaltung der Region beigetragen (Engel/Jouanjean 2015).

Die Mehrheit der ECOWAS-Mitgliedsländer hat einem Wirtschaftspartnerschafts-

<sup>15</sup> Vgl. die wichtigsten Handelspartner der Elfenbeinküste unter: [www.atlas.media.mit.edu/en/profile/country/civ/#Destinations](http://www.atlas.media.mit.edu/en/profile/country/civ/#Destinations). <sup>16</sup> Die EU verhandelt mit mehreren Ländergruppen in Afrika regionale Wirtschaftspartnerabkommen. Siehe hierzu auch [www.ec.europa.eu/trade/policy/countries-and-regions/development/economic-partnerships/](http://www.ec.europa.eu/trade/policy/countries-and-regions/development/economic-partnerships/).

abkommen mit der EU zugestimmt. Nigeria aber weigert sich weiterhin, dem in der Region durchaus umstrittenen Abkommen zuzustimmen. Die Kritiker befürchten durch die EPA einen Rückgang der Zolleinnahmen, negative Auswirkungen auf die Landwirtschaft durch EU-Importe sowie eine Einschränkung der regionalen Handelsinstrumente, wie vorübergehende Schutzmechanismen gegen Dumping. Die Region benötigt nach eigenen Angaben 9,5 Milliarden Euro zum Ausgleich der niedrigeren Zolleinnahmen. Die EU ist aber nur bereit 6,5 Milliarden als Ausgleichszahlungen zur Verfügung zu stellen (CONCORD 2015). Fair ist die EU-Handelspolitik gegenüber Westafrika nicht, sodass mancher Kritiker die EU-Handelspolitik zu den Fluchtursachen zählt (Abiola 2016). Nigerianer stellen die größte Gruppe der Geflüchteten, die von den EU-Behörden auf der zentralen Mittelmeerroute aufgegriffen werden.<sup>17</sup>

Die EU ist sicher nicht allein für die Wirtschafts- und Hungerkrise in Nigeria verantwortlich, die Hauptschuld trägt die Politik vor Ort. Die EU-Handelspolitik sollte gegenüber Westafrika aber nicht – wie ein Krämer – allein den eigenen Vorteil im Sinn haben.

Das Handelsabkommen zwischen den USA und Afrika erhält hingegen Lob in Afrika, hat aber bislang noch nicht die erhofften Effekte – nämlich US-Investitionen in Afrika – erzielt (Njiraini 2014). Die Elfenbeinküste trat dem Abkommen mit den USA nach dem Ende des Konflikts 2011 bei. Seitdem sind 6.400 ivoirische Produkte vom US-Zoll ausgenommen<sup>18</sup> und die Exporte in die USA haben sich von 131,4 Millionen US-Dollar im Jahr 2011 auf 266,3 Millionen US-Dollar im Jahr 2015 verdoppelt.<sup>19</sup> Die Elfenbeinküste hat trotzdem weiterhin ein deutliches Handelsdefizit in Bezug auf die USA.

<sup>17</sup> Vgl. hierzu den Online-Artikel von Plaut, Martin/Vincent, Leonard: Europe's African «wall» now almost complete, 16.1.2017 unter: [www.martinplaut.wordpress.com/2017/01/16/europes-african-wall-now-almost-complete/](http://www.martinplaut.wordpress.com/2017/01/16/europes-african-wall-now-almost-complete/). <sup>18</sup> Vgl. hierzu den Online-Artikel: L'Agoa pousse les entreprises ivoiriennes à «gagner en compétitivité», 24.8.2015, unter: [www.rfi.fr/economie/20150824-agoa-pousse-entreprises-ivoiriennes-gagner-competitivite](http://www.rfi.fr/economie/20150824-agoa-pousse-entreprises-ivoiriennes-gagner-competitivite). <sup>19</sup> Vgl. hierzu die Zahlen der US-amerikanischen Volkszählungsbehörde USCB zum Handel zwischen der Elfenbeinküste und den USA, unter: [www.census.gov/foreign-trade/balance/c7480.html#2011](http://www.census.gov/foreign-trade/balance/c7480.html#2011).

## 4 DEGLOBALISIERUNG UND WUT

Die zunehmende Deglobalisierung hat auch in Afrika Spuren hinterlassen. Die Aufstiegseuphorie, wie sie der *Economist* 2011 mit dem Titel «Africa rising» propagierte, ist fürs Erste verfliegen. Die Deglobalisierung ist eine Gefahr für Afrika. Statt mehr Handel mit der Welt und in der Region und mehr wirtschaftliches Wachstum drohen den afrikanischen Staaten negative Auswirkungen durch Handelskonflikte der großen Handelsblöcke USA, EU und China. Nach den neoliberalen Jahren drohen nun die neonationalen Jahre die Entwicklung auf dem afrikanischen Kontinent zu beeinträchtigen. Viele afrikanische Länder fallen wirtschaftlich zurück. Nigerias BIP pro Kopf ist wieder auf den Stand von 2011 gesunken. Doch einige der afrikanischen Volkswirtschaften bleiben auf Wachstumskurs, unter anderen der Senegal und die Elfenbeinküste.

Für den deutschen Entwicklungsminister Gerd Müller ist Afrika noch immer der «Chancen- und Wachstumskontinent». Sein jüngst vorgestellter «Marshallplan» soll Afrikas Entwicklung fördern (BMZ 2017). Der Plan beinhaltet viel Bekanntes – unter anderem gerechter Handel, Förderung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie Diversifizierung der Wirtschaftsstrukturen. Pläne und Programme hat Afrika schon viele kommen und gehen gesehen. Die meisten sind in Europa oder in den USA entworfen worden, auch die «eigenen». Einige waren weniger schlimm und unter anderen, wie den Strukturanpassungsprogrammen der Weltbank und des IWF in den 1980er und 1990er Jahren, leiden die Menschen noch heute. Afrika braucht eigene Ideen und Menschen, die die

se – ob privat oder im Rahmen der Regierungspolitik – umsetzen (Osmanovic/ Jolys 2004).

Deutschlands neues Interesse an Afrika hat mit Europas Angst vor weiterer Zuwanderung zu tun. Rechte und extrem rechte Populisten treiben in ganz Europa die Politiker fast aller Parteien vor sich her. Die rasante Bevölkerungsentwicklung in den Staaten Afrikas ist zum «Problem» geworden. Müllers Plan will helfen, der Jugend in den afrikanischen Ländern Arbeitschancen zu eröffnen. 20 Millionen neue Jobs seien jedes Jahr dafür notwendig. Immerhin sollen auch legale Wege der Migration nach Europa ermöglicht werden (BMZ 2017). Die Abwehr der Migration junger Afrikaner nach Europa und anderswohin bedroht die wirtschaftliche Situation in den Herkunftsländern, denn die Rücküberweisungen der afrikanischen Migranten sind ein wichtiger Faktor der wirtschaftlichen Entwicklung in der Region. Angesichts der weitgehend fehlenden sozialen Sicherungssysteme sind sie elementar für die soziale Entwicklung. Rücküberweisungen dienen nicht nur dem Bau von Häusern und dem Kauf von Konsumgütern in Afrika, mit ihnen werden auch Schulgelder, Renten und Arztbesuche bezahlt. Ein Stopp der Migration aus Afrika oder gar eine Massenabschiebung – wie dies wohl die französische Präsidentschaftskandidatin Marine Le Pen vom extrem rechten Front National im Sinn hat, wenn sie verspricht, Arbeitsplätze ausländischer Arbeitnehmer besteuern zu wollen – hätte negative wirtschaftliche Konsequenzen für Afrika und natürlich auch für das alternde Europa. Doch bei der Migrati-

on geht es nicht nur um die Wirtschaft. Mit der Abschottung und den damit einhergehenden Opfern, ob im Mittelmeer oder in der Sahara, wächst die Wut bei den jungen Menschen in Afrika – auf Europa!

Dr. phil. Armin Osmanovic studierte Geografie und Politikwissenschaften in Tübingen und Stellenbosch (Südafrika). Er unterrichtete an verschiedenen deutschen Universitäten und ist seit 2015 Büroleiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung für Westafrika mit Sitz in Dakar. Zuvor leitete er von 2009 an das Büro der Stiftung in Johannesburg.

## LITERATUR

**Abiola, Hafsat (2016):** Europa erzeugt die Flüchtlinge selbst, in: Die Zeit, 1.8.2016, unter: [www.zeit.de/kultur/2016-07/westafrika-freihandelsabkommen-eu-fluechtlinge-hafsat-abiola/](http://www.zeit.de/kultur/2016-07/westafrika-freihandelsabkommen-eu-fluechtlinge-hafsat-abiola/) komplettansicht.

**Allison, Simon (2016):** What Trump means for Africa, in: Daily Maverick, 9.11.2016, unter: [www.dailymaverick.co.za/article/2016-11-09-what-trump-means-for-africa/#.WJHcy0d8taQ](http://www.dailymaverick.co.za/article/2016-11-09-what-trump-means-for-africa/#.WJHcy0d8taQ).

**BMZ – Bundesministerium für Zusammenarbeit und Entwicklung (2017):** Afrika und Europa – Neue Partnerschaft für Entwicklung, Frieden und Zukunft. Eckpunkte für einen Marshallplan mit Afrika, unter: [www.bmz.de/de/media-thek/publikationen/reihen/infobroschueren\\_flyer/infobroschueren/Materialie310\\_Afrika\\_Marshallplan.pdf](http://www.bmz.de/de/media-thek/publikationen/reihen/infobroschueren_flyer/infobroschueren/Materialie310_Afrika_Marshallplan.pdf).

**CONCORD (2015):** The EPA between the EU and West Africa: Who benefits? Coherence of EU Policies for Development, Spotlight Report 2015, Policy Paper, unter: [www.concord.se/wp-content/uploads/Spotlight\\_2015-TRADE-EPA-April\\_2015-EN.pdf](http://www.concord.se/wp-content/uploads/Spotlight_2015-TRADE-EPA-April_2015-EN.pdf).

**Donnan, Shawn/Fick, Maggie (2016):** Nigeria ask for 3,5bn emergency loans, in: Financial Times, 31.1.2016, unter: [www.ft.com/content/aeb1a978-c832-11e5-be0b-b7ece4e953a0](http://www.ft.com/content/aeb1a978-c832-11e5-be0b-b7ece4e953a0).

**Douet, Marion (2015):** Sénégal: Mimran défend son sucre à coups de millions, in: Jeune Afrique, 18.2.2015, unter: [www.jeuneafrique.com/225155/economie/s-n-gal-mimran-d-fend-son-sucre-coups-de-millions/](http://www.jeuneafrique.com/225155/economie/s-n-gal-mimran-d-fend-son-sucre-coups-de-millions/).

**Engel, Jakob/Jouanjean, Marie-Agnès (2015):** Political and Economic Constraints to the ECOWAS Regional Economic Integration Process and Opportunities for Donor Engagement, Overseas Development Institute, unter: [www.assets.publishing.service.gov.uk/media/57a08997e5274a31e000017a/Political\\_and\\_Economic\\_Constraints\\_to\\_the\\_ECOWAS.pdf](http://www.assets.publishing.service.gov.uk/media/57a08997e5274a31e000017a/Political_and_Economic_Constraints_to_the_ECOWAS.pdf).

**Golub, Stephen (2012):** Government policies, smuggling, and the informal sector, in: Benjamin, Nancy/Mbaye, Ahmadou Aly (Hrsg.): The Informal Sector in Francophone Africa: Firm Size, Productivity, and Institutions, Washington D.C.

**James, Elliott/McLoughlin, Kate/Ran-kin, Ewan (2014):** Cross-border capital flows since the global financial crisis, in: Bulletin, 4/2014, unter: [www.rba.gov.au/publications/bulletin/2014/jun/pdf/bu-0614-8.pdf](http://www.rba.gov.au/publications/bulletin/2014/jun/pdf/bu-0614-8.pdf).

**Muchira, Njiraini (2017):** Agoa treaty facing possible repeal in Trump administration, in: The East African, 23.1.2017, unter: [www.theeastafrican.co.ke/business/Agoa-treaty-repeal-Trump/2560-3784086-i5xqqqz/index.html](http://www.theeastafrican.co.ke/business/Agoa-treaty-repeal-Trump/2560-3784086-i5xqqqz/index.html).

**Mutume, Gumisai (2006):** New barriers hinder African trade, in: Africa Renewal, Januar 2006, unter: [www.un.org/africarenewal/magazine/january-2006/new-barriers-hinder-african-trade](http://www.un.org/africarenewal/magazine/january-2006/new-barriers-hinder-african-trade).

**Njiraini, John (2014):** Has the Africa Growth and Opportunity Act run its course?, in: Africa Renewal, Dezember 2014, unter: [www.un.org/africarenewal/magazine/december-2014/agoa-us%E2%80%93africa-trade-dilemma](http://www.un.org/africarenewal/magazine/december-2014/agoa-us%E2%80%93africa-trade-dilemma).

**Osmanovic, Armin (2016a):** Senegal Emergent: State Building zwischen Empire und Islam, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Analysen 28, Berlin.

**Osmanovic, Armin (2016b):** Senegal – Aufsteiger oder Armenhaus, Online-Publikation der Rosa-Luxemburg-Stiftung, unter: [www.rosalux.de/news/42081/senegal-aufsteiger-oder-armenhaus.html](http://www.rosalux.de/news/42081/senegal-aufsteiger-oder-armenhaus.html).

**Osmanovic, Armin (2017):** Schmuggel ist normal. Illegale Geschäfte, eine «heilige Stadt» und der Staat im Senegal, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Analysen 34, Berlin.

**Osmanovic, Armin/Jolys, Odile (2004):** «Wir sollten erst einmal unsere Ignoranz zugeben», sagt Jean-François Bayart, in: die tageszeitung, 15.7.2004, unter: [www.taz.de/!727315/](http://www.taz.de/!727315/).

**Sharma, Ruchir (2016):** The Rise and Fall of Nations. Forces of Change in the Post-Crisis World, New York/London.

**Worldbank (2017):** World Bank Open Data, unter: [www.data.worldbank.org/](http://www.data.worldbank.org/).

## **IMPRESSUM**

ANALYSEN Nr. 36

wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V. i. S. d. P.: Ulrike Hempel

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · [www.rosalux.de](http://www.rosalux.de)

ISSN 2194-2951 · Redaktionsschluss: Februar 2017

Layout/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100% Recycling

**«Die zunehmende  
Deglobalisierung hat auch in  
Afrika Spuren hinterlassen. [...] Nach den neoliberalen Jahren  
drohen nun die neonationalen  
Jahre die Entwicklung auf  
dem afrikanischen Kontinent  
zu beeinträchtigen.»**

ARMIN OSMANOVIC

